

## **Klarheit und offene Karten beim Ausbau der onshore- Windenergie**

Wir GRÜNEN in M-V wissen, dass in Deutschland ein 100% Szenario erneuerbarer Energien für die benötigte Strommenge aus heimischen Erzeugungskapazitäten möglich ist. Der Ausbau erneuerbarer Energien macht jedoch nur Sinn, wenn ein kompletter Wandel des Versorgungssystems eingeleitet wird. Davon sind Bundes- und Landespolitik weit entfernt. Gleichzeitig wächst der Widerstand speziell gegen den Bau von Windkraftanlagen, die zwar effizienter, aber auch immer höher und landschaftsprägender werden. Windkraftgegner fordern 2000 m Abstand zur Wohnbebauung, was die Anzahl der möglichen Anlagen im Land drastisch reduzieren würde. Tatsächlich brauchen wir langfristig mehr Windenergie, mehr Photovoltaik, mehr Energieeffizienz und Biogas, das keine Vermaischung ganzer Landstriche zur Folge hat. Wie dieses Ziel mit dem Schutz der Wohnbevölkerung, touristischen Interessen und Naturschutz vereinbart werden kann, muss gemeinsam mit den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern einvernehmlich geklärt werden.

Das von der Landesregierung vorgelegte Landesenergiekonzept ist in wesentlichen Teilen unpräzise und nicht nachvollziehbar. Wir brauchen ein schlüssiges Energiekonzept mit klaren, transparent dargestellten Zielen für den zukünftigen Energiemix und nachvollziehbaren Handlungsaufträgen für die Planungsregionen. Der Zielhorizont muss bis 2050 definiert werden. BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN haben eine besondere Verantwortung dafür, dass die Interessen der Windenergie nicht genauso arrogant und bürgerfern wie bei anderen Großprojekten durchgesetzt werden. Wir halten es für notwendig, die Bedenken der Gegner des Baus von Windkraftanlagen ernst zu nehmen und in einen Dialog über die Szenarien einer Energiewende und die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsgebieten zu treten.

Die Umsetzung von Ausnahmeregelungen in den regionalen Raumentwicklungsprogrammen<sup>1</sup> und die Umsetzung von Zielabweichungsverfahren<sup>2</sup> geben Anlass zu Kritik. Zu oft wurden und werden Testanlagen und ganze Windparks für wissenschaftliche Fragestellungen außerhalb von Eignungsgebieten bewilligt und dann wirtschaftlich betrieben. Dies hat der Glaubwürdigkeit der genehmigenden Behörden, dem Anspruch der kontrollierten Steuerung des Ausbaus und damit auch der Zustimmung in der Bevölkerung spürbar geschadet. Energiewende und 100% Erneuerbar können aber nur mit dem Vertrauen einer breiten Mehrheit gelingen.

Vor diesem Hintergrund fordert die Landesdelegiertenkonferenz die Landesregierung auf:

1. Zielabweichungsverfahren restriktiver zu Handhaben und Anzuwenden. Diese sollten nur der Systemintegration dienen oder durch die Kommune vor Ort befürwortet werden. Zudem müssen Landeseigene Flächen für Forschungsprojekte mit besonderem Flächenbedarf bereitgestellt werden.

---

<sup>1</sup> §6 Abs. 1 [Raumordnungsgesetz](#) (ROG)

<sup>2</sup> §6 Abs. 2 Raumordnungsgesetz und §5 Abs. 6 LPIG [Landesplanungsgesetz](#) (LPIG)

2. Die Regionalplanung hat an Land eine Schlüsselrolle, vor allem durch die Ausweisung von Eignungsgebieten für Windenergie an Land in den regionalen Raumentwicklungsprogrammen. Die Landesregierung und die regionalen Planungsverbände müssen stärker deutlich machen, welches Gremium worüber entscheidet und wie groß der Entscheidungsspielraum überhaupt ist. Kartenbasierte (GIS- Geografische Informationssysteme) und digital nachvollziehbare Informationen zu den Planungsverfahren, insbesondere für die Mitglieder der Planungsverbände und die Anliegergemeinden, sind zu veröffentlichen. Ein freier und für Laien nachvollziehbaren Zugang zu den Dokumentationen der Planungsverfahren muss ermöglicht werden.

3. GRÜNE wollen eine institutionelle Prüfung von Lärmimmissionen durch Vor-Ort-Messungen, die im Bedarfsfall von Anwohner\_innen eingefordert werden können.

4. Neu zu errichtenden Windkraftanlagen (on wie offshore) müssen mit einer bedarfsgerechten Befeuerng ausgerüstet werden. Bestehende Windparks sind nachzurüsten. Dies fördert die Akzeptanz in der Bevölkerung.

5. Sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung sieht die Steigerung der Energieeffizienz als wichtige Säule zur Umsetzung der Energiewende an. Konkrete Projekte werden nicht umgesetzt. Wir fordern von der Landesregierung, dass konkrete Ziele benannt sowie ausreichende Haushaltsmittel und Personal zur Umsetzung von effizienzsteigernden Maßnahmen bereitgestellt werden.